

Konzept für die Offensive ländlicher Raum

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 29. Juni 2018

- Beschluss:** Der Landesvorstand beschließt das Konzept für die Offensive ländlicher Raum.
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Finanzen:** -
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** -
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

Abstimmungsergebnis:

Bei 4 Enthaltungen beschlossen.

F.d.R.

Dresden, den 29. Juni 2018



Thomas Dudzak - Landesgeschäftsführer

Konzept für eine Offensive ländlicher Raum

Herleitung

In der Debatte um die Auswertung der Bundestagswahl 2017 wurde vielfältig auf die sinkende Verankerung der Partei DIE LINKE im ländlichen Raum des Freistaates Sachsen verwiesen. Mehrere Debattenbeiträge verwiesen richtigerweise darauf, dass es für DIE LINKE als Partei ein Trugschluss wäre, angesichts sinkender Ergebnisse der Partei außerhalb der drei großen Städten in Sachsen einen „Rückzug aus der Fläche“ zu propagieren und sich zukünftig auf den urbanen Raum und ein vornehmlich jüngeres urbanes Milieu zu konzentrieren. Auch zur Bundestagswahl 2017 stammten lediglich rund 40 Prozent der Stimmen aus den Wahlkreisen der drei großen Städte, die überwiegende Mehrheit der Stimmen zog die Partei in den Wahlkreisen in den Kreisen.¹ In der Folge wäre jede Maßnahme, die einen solchen Rückzug aus der Fläche einleiten würde, eine zur Selbstverzweigung der sächsischen LINKEN und eine Aufgabe des Anspruches, Partei für ganz Sachsen sein zu wollen.

Gleichzeitig manifestiert sich im Bundestagswahlergebnis dennoch ein nicht zu ignorierender Trend: Der Anteil der Stimmen, die in urbanen Wahlkreisen generiert wurden, wächst gegenüber dem vorangegangener Wahlgänge. Es ist ein Trend, der sich auch in der Mitgliedschaft der Partei manifestiert: Während die Stadtverbände teilweise erheblich wachsen, schrumpfen die Kreisverbände und mit ihnen auch die örtliche Verankerung der Partei in der Fläche. Fast 75 Prozent der Neueintritte verzeichnet die Partei dabei in den drei großen Städten, obschon auch Kreisverbände deutlich höhere Eintrittszahlen zu verzeichnen haben als in der Vergangenheit. In der Folge haben wir jedoch im vergangenen Jahr unsere Mitgliederzahl erstmals seit 1990 stabilisieren können, dabei jedoch eine Verschiebung aus der Fläche in die Großstädte erlebt. Daraus ergibt sich eine Abnahme der Organisations- und Aktionsfähigkeit der Partei in der Fläche, die nicht einfach zu ignorieren ist.

Die 2. Tagung des 14. Landesparteitages hat mit seinem Leitantrag auf dieser Grundlage eine „Offensive ländlicher Raum“ beschlossen und mit 100.000 Euro budgetiert. Gleichzeitig wollte der Landesparteitag bewusst keine Aussage darüber treffen, was mit dem Geld zu geschehen habe. Vielmehr sollte in einer Art Bottom-Up-Prozess in der der Partei ein Rückfluss von Ideen für die konzeptionelle Untersetzung dieser Offensive organisiert werden.²

In den vergangenen Monaten wurden deshalb eine Vielzahl von Gesprächen – auch in Vorbereitung auf die Erarbeitung des Mitgliederkonzeptes – geführt, waren die Kreisverbände, örtlichen Gliederungen und GenossInnen vor Ort aufgerufen, ihre Ideen für eine Offensive ländlicher Raum zu Papier zu bringen. Das Ergebnis dieses Prozesses soll in diesem Konzept abgebildet werden.

Exkurs: Was ist der ländliche Raum?

Bevor konkrete Maßnahmen abgeleitet werden können, was im ländlichen Raum zu tun ist, gehört dazu, sich auf eine Definition des ländlichen Raumes zu einigen. So hat sich deutlich gezeigt, dass im Debattenprozess die Vorstellung dessen, was Ort der politischen Tätigkeit sein soll, wenn es um den „ländlichen Raum“ geht, in der Partei weit auseinandergeht. Eine mögliche Definition bietet sich in einem Diskussionspapier aus dem Oktober 2017. Darin heißt es:

„Der ländliche Raum ist kein homogener Raum. Dieses Papier geht von mindestens vier unterschiedlich zu betrachtenden räumlichen Einteilungen aus. Nicht berücksichtigt werden dabei die jeweiligen Rand- und Übergangsräume im direkten Umfeld von Großstädten.

a. Kleine Ansiedlungen, Orte, Ortsteile ohne räumlichen Zusammenhang

¹ Hartmann, Kleba, Knorr, Forberger: Offensive für den ländlichen Raum. Ein Angebot zur Diskussion, November 2017, S. 2.

² 2. Tagung des 14. Landesparteitages: Nach der Wahl ist vor den Wahlen: Sozialistische Politik für Sachsen, Beschluss vom 4. November 2017, S. 9/10.

- b. *Kleinere Städte bzw. Orte mit wenigen Umlandfunktionen oder Gemeindeverbände mit öffentlichen Angeboten*
- c. *Kleinstädte mit Umlandfunktion, städtischem Zentrum, und ÖPNV/SPNV Anschluss*
- d. *Städte mit urbanem Charakter, Umlandfunktion, eigenständigen öffentlichen Angeboten, ÖPNV/SPNV, nennenswerter Verwaltung usw.*³

Zu den verschiedenen Erfahrungshorizonten der Menschen in den vier holzschnittartigen räumlichen Einteilungen treten dazu noch weitere regionale Besonderheiten:

„Wir können also nicht von „dem“ ländlichen Raum reden, wir müssen innerhalb des Raumes von mindestens 4 Personengruppen ausgehen und haben dabei die vielen kleineren Besonderheiten, ob kulturell, sozial, ethnisch oder räumlich begründet, bewusst vernachlässigt.

*Zu den 4 Personengruppen kommen dann noch einmal räumlich, territorial und historisch kulturell geprägte Besonderheiten hinzu. Im Vogtland ist man nun mal nicht im Erzgebirge, der Lausitz oder in der sächsischen Schweiz. Wer in Torgau oder Oschatz wohnt, wohnt nicht in Seiffhennersdorf oder Zittau. Ob die Region eine alte Industrieregion, eine touristische Destination oder eine Grenzregion ist, macht im Lebensgefühl einen Unterschied. Nur weil Wahlergebnisse ähnlich sind, ist die Ursache für das Ergebnis noch lange nicht identisch.*⁴

Zur Ehrlichkeit gehört jedoch auch: DIE LINKE war in kleineren Gemeinden im Freistaat schon immer schwächer aufgestellt als in Städten und Großstädten, sieht man von einigen Ausnahmen ab. Ein Beispiel: Unsere schlechtesten Ergebnisse der Partei in den Zweitstimmen zur Bundestagswahl erreichten wir mit deutlich einstellig in kleinen Gemeinden des ländlichen Raums, in klassischen dörflichen Strukturen. Hier haben wir teilweise noch einmal erheblich an Zustimmung verloren. Allerdings, und das gehört zur Wahrheit dazu: In solchen Gemeinden erzielten wir auch in der Vergangenheit sehr häufig Ergebnisse knapp über oder unter der Zweistelligkeit weit jenseits des Landesschnitts. Als Faustregel gilt demnach: Je kleiner die Gemeinde, je dörflicher geprägt, desto schwächer die Wahlergebnisse der Landespartei. Gleichzeitig erleben wir gerade in alten Hochburgen, in Kleinstädten mit Umlandfunktionen, in Städten mit urbanem Charakter einen teils deutlichen Einbruch unserer Stimmergebnisse. Nur weil Wahlergebnisse ähnlich sind oder ähnlicher werden, sind die Ursachen für die Ergebnisse jedoch nicht automatisch identisch. Die Schwäche der Partei im ländlichen Raum hat vielfältige Ursachen und diesen muss vielfältig begegnet werden. Grundlage dieser vielfältigen Begegnung kann jedoch nur die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der Partei in der Fläche, egal ob in Kleinstadt oder auf dem Dorf, und ein an den Bedürfnissen der Menschen im ländlichen Raum orientiertes politisches Angebot sein.

Exkurs: Strukturelle Situation der Partei im ländlichen Raum

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich die Mitgliederzahlen der Kreisverbände und kreisfreien Städte im Verhältnis zu den Zahlen der Einwohnerschaft kaum wesentlich unterscheiden. Dennoch gibt es grundsätzlich ein erhebliches Gefälle zwischen den verschiedenen Verbänden. Das geht soweit, dass die Wahrscheinlichkeit eine GenossIn im Landkreis Meißen anzutreffen, deutlich geringer als im Landkreis Görlitz.

Problemkreis: Präsenznachteil

Der wesentliche Unterschied zwischen der Aktionsfähigkeit bzw. der Präsenz der Partei(-strukturen) im ländlichen und im städtischen Raum besteht in der Möglichkeiten einem vergleichsweise gut aufgestellter Parteistruktur auf relativ kleinem Raum, relativ viele Menschen anzutreffen. Während also ein Mitglied im städtischen Bereich im Durchschnitt für 1/3 km² zuständig ist, kann es dort rund 500 Menschen „antreffen“ - demgegenüber ist ein Mitglied im ländlichen Bereich für 3 - 4 km² zuständig und kann im Durchschnitt ebenfalls 500 Menschen in dem Gebiet antreffen. Theoretisch

³ Schultze u.a.: Diskussionspapier zur politischen und organisatorischen Arbeit im ländlichen Raum, Oktober 2017, S. 1.

⁴ Ebenda.

kann also ein städtisches Mitglied im Durchschnitt nahezu 10 Mal so effektiv Präsenz zeigen, wie dies einem ländlichem Mitglied möglich ist.

Fazit daraus: Wir haben, wenn man Stadt und Land vergleicht einen Präsenz- und Aktionsnachteil in den Landkreisen.

Problemkreis: Infrastrukturnachteil

Halbwegs offensichtlich ist, dass es einen Infrastrukturnachteil in den Flächenlandkreisen gibt, der die Organisation von Parteiarbeit erheblich erschwert. Um zu einer gemeinsamen kreisweiten Tagung in einem Kreisverband zusammenzukommen, ist es mancherorts gar nicht möglich mit Hilfe des ÖPNV zu einem bestimmten Versammlungsort zu kommen.

Dazu kommt, dass wir es in den vergangenen Jahren mit einem Rückgang der Zahl von Mitgliedern zu tun hatten. In der Folge wurden Parteistrukturen zusammengeführt und größere und räumlich weitläufigere Gliederungen geschaffen. Das kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass einige Mitglieder, auf Grund verschiedener Barrieren komplett von Parteiarbeit, Parteigremienarbeit abgekoppelt sind.

Neben diesem bestehen weitere Nachteile, zum Beispiel das Finden geeigneter und kostengünstiger Veranstaltungsorte, vor allem unter Berücksichtigung der regionalen Ausgewogenheit in den Kreisen.

Fazit damit: Wir haben, wenn man Stadt und Land vergleicht, einen Infrastruktur- und Parteiorganisationsnachteil in den Landkreisen.

Problemkreis: Bekanntheitsnachteil

Es gibt nach meiner Beobachtung eine Schwierigkeit, kreisweit thematisch in Erscheinung zu treten. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe, im Unterschied zum Stadtrat einer kreisfreien Stadt, der im Jahr 11 mal (außer Juli) tagt, finden in einem Landkreis deutlich weniger Sitzungen statt. Damit ist zumindest die Möglichkeit öffentlich wirksam zu werden, deutlich eingeschränkter. Auch die thematische Vielfalt, die in einem Kreistag behandelt werden kann, ist deutlich geringer, als die, die es in einem Stadtrat zu behandeln gibt. Auch das Bekannt machen von KreisrätInnen ist mit rund 20 Sitzungen in einer Legislatur im Vergleich zu den kreisfreien StadträtInnen mit rund 55 Sitzungen deutlich einfacher. Es gibt Personen in den kreisfreien Städten, die in eben diesen auch als StadträtInnen wahrgenommen werden. In den Landkreisen werden hingegen kaum Personen als KreisrätInnen wahrgenommen, sondern vielmehr in anderen Funktionen oder mit anderen Mandaten.

Aber das Hauptproblem besteht sicher darin, dass es mit der geringen Anzahl an Sitzungen pro Jahr oder Legislatur generell schwer ist, ein eigenes Kreistagsfraktionsprofil zu erarbeiten oder gar immer in ausreichendem Maße eigene Themen zu spielen, die auch eine gewissen Öffentlichkeitswirksamkeit entfalten. Unterhalb der Kreisebene, ist das sicher in der ein oder anderen Stadt und Gemeinde immer wieder möglich, allerdings wäre der noch stärkere Versuch kreisweite politische Themen zu bearbeiten oder zu erarbeiten sicher wichtig, um auch kommunalpolitisch dort aktiv werden zu können, wo wir gar keine Stadt- oder Gemeinderäte der LINKEN mehr haben. Wünschenswert wären auch zwei konzentrierte Antragsaktionen pro Jahr für alle 10 Flächenkreise.

Wichtig dabei ist es aus meiner Sicht auch, sich mit diesen Kreisgebieten als Verwaltungsstruktur auseinanderzusetzen. Vielleicht muss in der sächsischen LINKEN auch darüber diskutiert werden, ob man diese Kreise annimmt und gestaltet, oder welchen eigenen Entwurf wir haben, für eine Verwaltungsebene zwischen Gemeinde und Bundesland, mit all seinen Folgen auch für Parteistrukturen.

Fazit: Wir haben, wenn man Stadt und Land vergleicht, ein Themenfindungs- und Bekanntheitsdefizit in den Landkreisen.

Problemkreis: KandidatInnenfindung

Wir stehen unmittelbar vor der nächsten Kommunalwahl, welche im Mai 2019 stattfinden wird. Bei dieser Wahl geht es für DIE LINKE darum, möglichst breit vertreten zu sein und damit auch zu signalisieren, dass die Kommunalpolitik für uns als Partei ein wichtiges Standbein ist. Dabei befinden sich viele Kreisverbände zur Zeit in der Findung von Kandidierenden für die Stadt- und Gemeinderäte. Bei der letzten Kommunalwahl ist es der LINKEN Sachsen mit ihren Gliederungen nicht gelungen in allen Gemeinden und Städte mit eigenen Wahlvorschlägen anzutreten. Dieser Trend wird sich vermutlich, auch demographisch begründet fortsetzen.

Eine besondere Schwierigkeit besteht in Städten und Gemeinden, in denen es gar keine Mitgliedschaft mehr gibt. Die Suche von geeigneten KandidatInnen in einem Ort, kann kaum von außerhalb gewährleistet werden. Das liegt vor allem daran, dass nur in wenigen Fällen von außen Ortskenntnis oder gar Kenntnis von in Frage kommenden Personen vorhanden ist.

Fazit: Wir haben, wenn man Stadt und Land vergleicht, ein KandidatInnenfindungs- und damit kommunalpolitisches Präsenzproblem in den Landkreisen.

Problemkreis: Öffentliche Wahrnehmbarkeit

Die öffentliche Wahrnehmbarkeit unserer Partei hängt sicher an mehreren Faktoren. Einerseits werden unsere Positionen am besten vor Ort von bekannten GenossInnen und kommunalen MandatsträgerInnen unter die Leute gebracht. Beziehungsweise kann viel davon abhängen, dass unsere Vorschläge, Ideen und Visionen überhaupt erstmal im Sportverein, Gartenverein oder selbst am Stammtisch artikuliert werden. Diese Möglichkeit ist natürlich mit zurückgehender Mitgliedschaft in der Fläche stärker eingeschränkt.

Dazu kommt, dass eine öffentliche Plakataktion, wie sie in Dresden häufig stattfinden, in einem Landkreis einen ganz anderen bürokratischen Aufwand mit sich bringt. Während in Dresden, Chemnitz und Leipzig lediglich eine Beantragung erforderlich ist, muss in den Landkreisen jede Gemeinde (bzw. vollziehende Gemeinde) angeschrieben werden, die ihrerseits jeweils ganz unterschiedliche Anforderungen und Beauftragungen in ihrem Zuständigkeitsbereich geltend macht. Damit ist es im Rahmen der üblichen politischen Arbeit in den Kreisverbänden kaum möglich, flächendeckende Plakatierungen, außerhalb von Wahlzeiten vorzunehmen. Ähnliches gilt für eine flächendeckende Materialverteilung. Der Kreisverband Sächsische Schweiz - Osterzgebirge versucht das gerade mit einem Material, was zu einer Ausgabe in Höhe von circa 9.000,00 Euro führen wird. Selbsterklärend ist, dass dies aus den zur Verfügung stehenden Mitteln de facto kontinuierlich nicht möglich ist.

Auch die Presselandschaft in Sachsen, bzw. im Gefälle zwischen Stadt und Land ist erheblich verschieden. Während in den drei Städten mehrere Tageszeitungen, regionale (z.T. namhafte) Internetblogs und Radio oder TV Sender existieren, die teils sogar ganz bestimmte Zielgruppen ansprechen, ist das in den Landkreisen kaum ausgeprägt. In vielen Landkreisen existiert gerade eine Tageszeitung, die unter keinem Konkurrenzdruck steht. Berichterstattung hängt deshalb sehr stark von RedakteurInnen in den jeweiligen Redaktionen ab.

Fazit: Wir haben, wenn man Stadt und Land vergleicht, das Problem medial wahrgenommen zu werden und können das kaum über Parteistrukturen, Werbe- oder Personenmäßig auffangen.

Landesweite Maßnahmen

Der Erkenntnis folgend, dass es nicht „den“ ländlichen Raum gibt, kann es auch nicht „die“ Lösung für eine verbesserte Verankerung der Partei in der Fläche geben. Die Aufgabe, die der Landesebene zukommt, ist demzufolge eben nicht, einen Generalplan zur „Rückeroberung der Fläche“ vorzulegen, sondern Arbeitsfähigkeit der Partei zu sichern, Bausteine für inhaltliche Angebote bereitzustellen und die solidarische Arbeit der Partei zwischen Stadt und Land zu unterstützen. V Darauf fußen auch die landesweiten Maßnahmen, die im Rahmen des Konzeptes ergriffen werden können.

Infrastrukturelle Maßnahmen

Die Präsenz der Partei in Sachsen wurde in der Vergangenheit oftmals in der Anzahl der zur Verfügung stehenden Büros definiert. Dabei unterscheiden wir – bewusst, denn die BürgerInnen tun dies auch nicht – zwischen Abgeordnetenbüros und Geschäftsstellen. Den verschiedenen Arten von Büros kommen so eigentlich auch unterschiedliche Aufgaben zu. Dabei macht es einen erheblichen Unterschied, ob ein Abgeordnetenbüro bspw. durch hauptamtliche WahlkreismitarbeiterInnen „bespielt“ wird, oder ob eine Geschäftsstelle von Ehrenamtlichen betreut und damit nur eingeschränkte Geschäftszeiten hat. Geschlossene Büros, in denen BürgerInnen keine Auskunft erhalten und damit keine AnsprechpartnerInnen für ihre Anliegen, bringen für die Verankerung und Wahrnehmung der Partei wenig. Gleichzeitig bleiben solche Büros gerade in Wahlkampfzeiten wichtige Logistikstandorte für die Kreisverbände. Diese Aufgabe können Abgeordnetenbüros schon aus rechtlichen Gründen niemals auffangen.

Gleichzeitig sind Büros bereits von ihrem Charakter her Immobilien, also nicht einfach versetzbar. Für die politische Arbeit in Ortschaft A ist ein Büro in Kleinstadt B im schlimmsten Falle keine, in der Realität nur eine logistische Stütze. Die politische Arbeit findet dort eben nicht in der Geschäftsstelle, sondern am Küchentisch, in der Kneipe oder am Infostand statt. Daraus ergibt sich das Spannungsfeld zwischen immobilen – meist logistischen – Bedarfen und dem immer wieder kommunizierten mobilen Bedarf der Partei.

Es wird daher eine zweigeteilte infrastrukturelle Lösung vorgeschlagen:

1. Die Landesebene unterstützt die Kreisverbände bei der dauerhaften Sicherung mindestens einer Geschäftsstelle in Kreisverbänden als Logistikstandort. Diese Maßnahme erfolgt außerhalb der Offensive ländlicher Raum und sollte im Rahmen der zukünftigen Finanzkonzeption des Landesverbandes debattiert und beschlossen werden.
2. Die Landesebene unterstützt die Kreisverbände bei der Beschaffung „mobiler Büros“, sowohl konzeptionell als auch bei der technisch-organisatorischen Abwicklung.

Der Bedarf an mobilen Büros ist so von Kreisebene deutlich signalisiert worden. Einzelne oder mehrere Kreisverbände im Verbund haben signalisiert, dass sie sich die gemeinsame Beschaffung von Fahrzeugen vorstellen könnten. Die Anschaffung und der Unterhalt sollten dabei als infrastrukturelle Maßnahme finanziell durch die Kreisverbände gestemmt werden. Gleichzeitig wird der Landesverband die Beschaffung des Fahrzeugpools unterstützen, Bedarfe ermitteln und für eine einheitliche Ausstattung und Erscheinung der Fahrzeuge sowohl finanziell als auch organisatorisch sorgen. Darüber hinaus unterstet die Landesebene die Fahrzeugbeschaffung mit langfristigen Einsatzkonzepten und erarbeitet modulare Angebote für Veranstaltungseinsatz dieser Fahrzeuge. Ziel ist es, Plattformen für aufsuchende Politik zu etablieren. Die Fahrzeuge sollen dabei so flexibel gestaltet werden, dass sie den Bedarf zum Einsatz als mobiles Büro gleichermaßen erfüllen können, wie Logistikaufgaben innerhalb von Kampagnen. Eine Subvention strukturell und finanziell schwach aufgestellter Kreisverbände bei der Beschaffung von Fahrzeugen aus Mitteln der Offensive ist dabei zu prüfen.

Modellprojekt „Politische Bildung im Alltag“

Auf Vorschlag von Prof. Uwe Hirschfeld und unter wissenschaftlicher Begleitung soll das Modellprojekt für eine politische Bildung im Alltag im Vorfeld der Partei etabliert werden,⁵ um einen Beitrag zur kulturellen Verankerung alternativ-linker Perspektiven im Alltag zu erproben und zu entwickeln. Ziel ist, auf Basis eines erfolgreichen Modellprojektes dauerhafte Transferstrukturen über MultiplikatorInnen für die dafür notwendigen Kompetenzen zu etablieren und landesweit einzusetzen. Für das Modellprojekt werden zwanzig interessierte Parteimitglieder zur Beteiligung eingeladen, die sich in zwei Gruppen von jeweils zehn Leuten treffen. Die eine Gruppe stammt dabei aus dem

⁵ Eine ausführliche Erläuterung des Projektes findet sich hier: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/politisches-lernen-im-alltag/>

ländlichen Raum, die andere in Leipzig, Dresden oder Chemnitz. Dabei geht es nicht darum, (Agitations-)Profis anzusprechen, sondern eher um Leute, die wenig Interesse an den üblichen politischen Themen und Aktionsformen haben.

Vorangestellt werden dem Projekt zwei Vorbereitungstage für die Gruppen: Am ersten Tag wird in den didaktischen Ansatz des Bildungsprojekts eingeführt und auf dieser Basis der eigene Alltag untersucht. Am zweiten Tag geht es um die methodischen Fragen: wie findet man Zugang, wie sieht eine dialogische Bildungspraxis im Alltag aus.

Zum weiteren Coaching soll es im zweiwöchigen Abstand sechs Treffen, die nicht regional gebunden sind, geben. Dabei steht Problemanalyse und Erfahrungsaustausch, sowie Ideensammlung im Mittelpunkt. Zwischen den Treffen wird es E-Mail-Beratungsangebote und Webressourcen für die Teilnehmenden geben. Den Abschluss des Projektes bildet eine Auswertungskonferenz; evtl. unter Einbeziehung einzelner DialogpartnerInnen.

Die Evaluation erfolgt zum einen durch vorbereitete Tagebücher, die die Teilnehmenden führen; zum anderen durch punktuelle Befragungen. Mit einzelnen DialogpartnerInnen könnten zur Vertiefung narrative Interviews geführt werden.

Die Projektphase beläuft sich auf mindestens ein halbes Jahr.

Politische Angebote

Landesparteitag und Landesvorstand baten die Landtagsfraktion 2015, die Erarbeitung eines Alternativen Landesentwicklungskonzeptes unter dem Arbeitstitel Aleksa 2.0 bis zum Herbst 2018 in Angriff zu nehmen. Dieses Landesentwicklungskonzept befindet sich unter dem Titel Aleksa 2030 in einer fortgeschrittenen Phase. Wir wollen nunmehr damit beginnen, die Ergebnisse in Partei und Gesellschaft zu implementieren. Die dazu notwendige „Übersetzungsleistung“ wollen wir gemeinsam mit professionellen PartnerInnen im Bereich der politischen Kommunikation leisten und in dezidierte Materialien für die politische Arbeit vor Ort übertragen. Dazu sollen Materialien mit einer differenzierten Ansprache für die unterschiedlichen Orte im ländlichen Raum – von den kleinen Ansiedlungen bis zu Kommunen mit Umlandfunktion – entstehen. Gleichzeitig sollen die Materialien geeignet sein, sowohl außerhalb von Wahlkämpfen als auch im Kommunalwahlkampf als übergreifende und damit regionale Materialien ergänzende Erzählung von unserer Idee von einem zukünftigen Sachsen eingesetzt zu werden.

Wir wollen Antworten auf die 10 Themenkreise bieten, die wir mit ALEKSA 2030 aufgemacht haben:

1. Der Wettbewerbsdruck steigt, schon in der Schule. In Sachsen leidet der gesellschaftliche Zusammenhalt.
2. Die Lebensverhältnisse zwischen Land und Stadt gehen weiter auseinander.
3. Mitgestaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger kaum möglich.
4. Im Alter droht die soziale Benachteiligung – die Rente reicht nicht, kein Pflegeplatz, Arzt und Einkaufsmarkt sind nicht erreichbar und Frauen allein mit Sorgearbeit.
5. Eine Beschäftigung bietet kaum noch Planungssicherheit.
6. Recht und Gesetz - der Freistaat erfüllt seine Aufgaben nicht.
7. Kontraste nehmen zu - Wohnraum fehlt, Mieten steigen, Umfeld schlecht.
8. Wenig Vertrauen in die Politik. Wenig Verständnis für die Bürokratie.
9. Europa zu weit weg von Bürgerinnen und Bürgern. Freistaat zu wenig aktiv.
10. Wir leben über dem verträglichen Maß. Der Naturhaushalt ist überlastet

Die Materialien werden zentral von der Landesebene erstellt und den Gliederungen kostenfrei zur politischen Arbeit bereitgestellt. Die Bereitstellung erfolgt zum 1. Quartal 2019.

Sichtbarkeit erhöhen

Es soll versucht werden, LINKE Politik zwei Mal jährlich mit einer sachsenweiten Plakataktion in allen Gemeinden des Freistaates sichtbar zu machen und auf bestimmte Themen hinzuweisen. Dies kann

eventuell gekoppelt werden mit Touren, wie sie jetzt bereits stattfinden und in Zukunft verstärkt vernetzter stattfinden sollen. Beispiele hierfür sind die Krankenhausbettentour, die Tour gegen Kinderarmut oder die Weihnachtsaktionen.

Darüber hinaus soll versucht werden, die Sichtbarkeit der Partei durch konzentrierte Verteilaktionen in der Fläche zu erhöhen. Dazu ist ggf. auch darüber nachzudenken, Parteiexterne zur Verteilung zu motivieren und durch ein Verteilergeld zu unterstützen. Dies soll durch einen Modellversuch erprobt werden.

Präsenz vor Ort stärken

Der Landesverband wird sich dafür einsetzen, gemeinsam mit Landtagsfraktion, Landesgruppe der Bundestagsabgeordneten und der AG27 erfolgreiche Tourenkonzepte, wie sie mit der Weihnachtstour oder der Krankenhausbettentour bereits im Freistaat entwickelt und umgesetzt wurden, weiterzuentwickeln und modulhaft für die Arbeit vor Ort bereitzustellen. Diese Tourenkonzepte richten sich dabei vor allen Dingen an die rund 50 größeren Städte außerhalb der drei sächsischen Großstädte. Ziel ist es, mit diesen Touren ein koordiniertes, regelmäßiges und dauerhaftes öffentliches Auftreten von VertreterInnen LINKER Politik außerhalb der Wahlkämpfe in diesen Städten zu organisieren. Das Tourenkonzept ist dabei zu ergänzen durch Angebote, die sich thematisch an die drei Großstädte richten, um diese in geeigneter Weise solidarisch in die Ergebnisse der politischen Bemühungen einzubeziehen.

Die Touren sind dabei eng mit den lokalen Strukturen, KommunalvertreterInnen und der Partei vor Ort abzustimmen und zu koordinieren, um diese in die Planung einzubeziehen und die Ergebnisse der Gespräche vor Ort in die kommunale politische Arbeit einzubeziehen.

Gleichzeitig wollen wir mit Abgeordneten und kommunalen VertreterInnen versuchen, auch den „Kampf um die Dörfer“ aufzunehmen. Traditionell sind linken Parteien dörfliche Umfelder fremd geblieben. Partei findet in dörflichen Strukturen kaum oder gar nicht statt. Anknüpfend an die Lebensrealitäten der Menschen in dörflichen Strukturen, wollen wir die neue Infrastruktur und politische Ansprache nutzen, um diese Menschen fernab institutionalisierter Veranstaltungen und Besuche durch direkte Präsenz vor Ort mit linker Politik begegnen zu lassen. Dabei steht der Dialogcharakter im Mittelpunkt: nicht zwingend mit vorgefertigten Lösungen, aber mit einem offenen Ohr und auch der Bereitschaft, Paroli zu bieten, kommen wir vor Ort und bieten den Dialog an; ob in der Dorfkneipe, beim Bäcker, beim Blumenhändler, auf dem Dorfplatz.

Partizipierenden GenossInnen werden wir für diesen Zweck spezielle Dialogtrainings anbieten, welche in der Methodik an die Dialogtrainings zum Haustürwahlkampf 2013 angelehnt sind. Bei Präsenzterminen sind Protokolle zur Erfolgskontrolle und zum Transfer zu verfertigen, zentral zu sammeln und auszuwerten.

Kommunalpolitik ermöglichen und vernetzen

In Vorbereitung der Kommunalwahlen motivieren wir die Kreis- und Ortsverbände, durch Anzeigenkampagnen frühzeitig auf die anstehenden Wahlen hinzuweisen und darüber aktiv Kandidierende als VertreterInnen LINKER Politik zu suchen. Werbeaktion für Stadt- und Gemeinderäte speziell für Orte ohne bisherige Kommunalvertretung der LINKEN bieten dabei eine Chance, dieses Manko zu beheben, allerdings unternimmt die Partei damit einen nicht risikofreien Versuch, der Partei bisher vermutlich völlig unbekannt Person für eine Kandidatur für ein kommunales Amt zu motivieren. Gleichzeitig ist eine Verbindung in den Wahlergebnissen eine Verbindung zwischen kommunaler Vertretung und Ergebnissen auf Landes- und Bundesebene ablesbar. Diese Lücke einer mangelnden Präsenz kann durch so eine Anzeigenkampagne zumindest versucht werden zu schließen.

Gleichzeitig soll Kommunalpolitik besser vernetzt und Erfahrungsaustausch organisiert werden. Neben der regelmäßigen Bilanz kommunalpolitischer Arbeit der LINKEN in Sachsen und den Musteranträgen für die kommunalen Vertretungen soll ein Stammtisch „Kommunalpolitik“ für Brainstorming und gemeinsame Antragsoffensiven eingerichtet werden. Damit sollen Kreistags- und

Gemeinderatsfraktionen bei der Arbeit unterstützt werden und der LINKE Anspruch der Einheit von Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene verwirklicht werden, indem eine gemeinsame „rote politische Linie“ bspw. Bei Themen wie der Rekommunalisierung sichtbar wird.

Regionale Maßnahmen

Für regionale Maßnahmen und Modellprojekte stellt der Landesverband aus den Mitteln der Offensive ländlicher Raum ein Budget von 20.000 Euro bereit. Mittel aus diesem Budget sind für einzelne Projekte und Modellmaßnahmen beim Landesvorstand zu beantragen. Sie dienen explizit nicht der allgemeinen Finanzierung kreisweiter politischer Arbeit, die wie auch bisher von den Kreisverbänden aus eigenem Budget zu leisten wären. Förderfähig im Sinne dieser regionalen Maßnahmen sind bspw.:

- Erstellung und Verteilung von Materialien z.B. zu regionalen Schwerpunktthemen (Bsp.: Kreisweite Infoblätter zu kommunalpolitischem Thema)
- lokale Kampagnen und Touren mit landesweitem Modellcharakter
- Maßnahmen von landesweitem Interesse, bspw. zu lokalen Ereignissen (Bsp.: Großflächenkampagne zum Nazifestival in Ostritz)

Die Förderfähigkeit im Sinne dieses Budgets wird festgestellt,

- wenn ein Modellcharakter für den gesamten Landesverband abzuleiten ist,
- wenn Maßnahmen dazu geeignet sind, angewandte Methoden für den gesamten Landesverband zu evaluieren, oder
- wenn ein landesweites Interesse in der Durchführung der Maßnahme besteht, eine Umsetzung jedoch eine besondere Härte für die durchführende Gliederung bedeutete.

Voraussetzung für die Feststellung der Förderfähigkeit ist

- eine kurze Projekt- bzw. Maßnahmenbeschreibung,
- ein detaillierter Finanzplan und
- die Verpflichtung zur Vorlage eines Abschlussberichtes / einer Evaluation der geförderten Maßnahme.

Evaluation und Ausblick

Die ergriffenen Maßnahmen sind in geeigneter Weise zu evaluieren. Im Dezember 2018 ist der gemeinsamen Beratung aus Landesvorstand, Landesrat, Kreisvorsitzenden und dem Fraktionsvorstand ein Zwischenbericht mit Handlungsempfehlung vorzulegen. Bei positiver Prognose sollten die Maßnahmen mindestens bis ins Jahr 2021 fortgeschrieben und in der Finanzplanung entsprechend budgetiert werden.